No. 87. — 56. Jahrgang.

Freitag, 21. Februar 1908

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal: Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe

Inseratenpreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: S. Prinzenstr. 41, SO. Köpnickerstr. 1, SO. Cottbuserstr. 20, O. Petersburgerstr. 2, NO. Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, NO. Alteste. 31, N. Schönhauserdamm. N. Schulzendorferstr. 27 (am Weddingplatz), C. Königstraße 50/57, NW. Alt-Moabit 138, W. Lützowerstr. 33, W. Bayreutherstr. 35, W. Leipzigerstr. 101, SW. Wittenbergerstraße 6, Ritzdorf, Prinz Handjerystraße 83/84 und Berlinerstr. 75, Schöneberg, Lorbeerstr. 8, Charlottenburg, Kantstraße 34, Pankow, Berlinerstraße 13b.

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Der neue Minister des Reichsdefizits.

Nach Stengel Sydow.

Endlich, nachdem sich Fürst Bülow etwa ein Dutzend Körbe geholt hat, ist er auf der Suche nach einem neuen Minister des Reichsdralles auf einen Mann gestoßen, der mehr Mut hat als ein Soldat, der sich beschwert; mehr Mut als ein ungelernter Seiltänzer, der es unternimmt, auf dem hohen Turmseil einen Rheinländer zu tanzen. Hochoffiziös wird gemeldet, daß gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Fürsten v. Bülow eine „vertrauliche Besprechung" der stimmführenden Mitglieder des Bundesrates stattgefunden habe, deren Gegenstand in erster Linie die Lage der Reichsfinanzen und der bevorstehende Wechsel in der Leitung des Reichsschatzamts gewesen sei. Als Nachfolger des Freiherrn v. Stengel sei der Unterstaatssekretär im Reichspostamt, Wirkliche Geheime Rat Sydow in Aussicht genommen, der gleichzeitig zum Staatsminister und Mitglied des preußischen Staatsministeriums ernannt werden soll.

Die für Herrn Sydow sofort vorgesehene Personalverbindung zwischen dem Reichs- und dem preußischen Staatsamt hat in diesem besonderen Falle offenbar den Zweck, der „Sanierungsarbeit" des neuen Reichsschatzsekretärs eine feste Stütze im preußischen Staatsministerium zu schaffen. Der gegenwärtige preußische Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben, ein getreuer Förderer der agrarischen Steuerpolitik, ist ein entschiedener Gegner der direkten Reichssteuern. Ohne diese aber kann Herr Sydow auf keinen Fall etwas ausrichten, wenn er im Reichstage für seine noch in Dunkel gehüllte Finanzreform eine Mehrheit gewinnen will. Der neue Verwalter des leeren Reichsgeldschranks wird also zugleich mit der Würde eines preußischen Staatsministers umkleidet, damit er Herrn v. Rheinbaben über seine Gewissensnöte von wegen der direkten Reichssteuern um so eher sänftiglich hinwegbringen kann. Sollten die daraus entstehenden Reibungen nicht zu einem vollen Siege des Reichsschatzsekretärs führen, so wäre sicherlich die Zeit Rheinbadens erfüllet, und selbst das dankbare Wohlwollen des herrschenden preußischen Junkertums würde ihn dann nicht mehr retten.

* * *

Das Loch, das Herr Sydow zustopfen soll, klafft ihm in einer Größe entgegen, wie sie nur im Deutschen Reiche bei der dort in den letzten Jahren unbedenklich verfolgten Pump- und Verschwendungswirtschaft bemerkbar werden konnte. Eine Viertel Milliarde ist zunächst zu beschaffen, um dem chronischen Defizit ein Ende zu machen. Annähernd ebensoviel muß darüber hinaus herbeigeschleppt werden, um die gesteigerten Anforderungen des laufenden Betriebes zu befriedigen, für die erhöhten Beamtengehälter Deckung zu leisten und so weiter. Der Reichsfinanzkarren steckt so tief in der Pfütze, daß ein Herkules dazu gehört, das Vehikel wieder flott zu machen. Was für Steuerpläne aus dem Gehirn des Herrn Sydow sich losringen werden, wer will es wissen? Herr Sydow weiß es vielleicht selbst noch nicht; oder er hütet, wenn er es wissen sollte, seine Pläne einstweilen noch sorgfältig als Dienstgeheimnis. Wie er es anfangen wird, sein „Sanierungsprogramm", wenn es sich erst genügend kristallisiert hat, durchzusetzen, das mögen die Götter wissen. Soviel steht fest: In den Kreisen der Opposition hat man allen Grund, dem neuen Herrn im Reichsschatzamt mit äußerster Vorsicht und in schärfster kritischer Stimmung zu begegnen. Denn er, der Verfechter der Verteuerung des Ortsportos, kommt aus einer Verwaltung, die unter der Leitung ihres bureaukratisch verknöcherten Chefs den Ausdruck der extremsten Fiskalität darstellt. Vielleicht verspricht man sich gerade deswegen von Herrn Sydow ein besonders Talent zur Erfindung „ergiebiger" neuer Steuern, und zwar solcher Steuern, die auf Handel, Wandel und Erwerb ungefähr so wenig Rücksicht nehmen wie der neue, im Reichspostamt ausgeheckte Telephontarif.

* * *

Der jetzt am Ende seines Finanzlateins angelangte Reichsschatzsekretär Freiherr v. Stengel ist im Juli vorigen Jahres 70 Jahre alt geworden. Nachdem er 1872 Regierungsassessor und 1874 Regierungsrat geworden war, trat er 1876 in das bayerische Finanzministerium ein. 1884 wurde er stellvertretender Bundesratsbevollmächtigter für Bayern und 1903 Staatssekretär des Reichsschatzamtes.

Sein Nachfolger Reinhold Sydow ist am 14. Januar 1851 geboren. 1875 wurde er Gerichtsassessor, war dann als Kreisrichter und Landrichter in Halle sowie in Berlin tätig. 1883 trat er als ständiger Hilfsarbeiter in das Reichspostamt ein, wo er im nächsten Jahre vortragender Rat wurde. 1897 wurde er Direktor der zweiten Abteilung und 1901 Unterstaatssekretär im Reichspostamt. 1905 erhielt er den Titel eines Wirklichen Geheimen Rats mit dem Prädikat Exzellenz.

In Süddeutschland hat man kürzlich schon Lärm darüber geschlagen, daß mit Herrn v. Stengel der „letzte Bayer" aus den maßgebenden Stellen der Reichsregierung ausscheide. Nun betritt den dornigen Weg, den der Bayer verläßt, mit fatalistischem Mute ein Vollblutpreuße in Berliner Originalpackung (Sydow ist ein Berliner Kind). Ob dieser es besser als der geborene Speyerer und Bayer verstehen wird, den deutschen Reichsbürgern das Portemonnaie durch nicht zu knapp bemessende neue Steuern kräftig zu erleichtern, das werden wir in kurzer Zeit sehen. Eine lange „Schonzeit" gibt's hier nicht. Dazu ist die famose Reichsgeldklemme zu groß.

Eine große Ueberraschung

brachte die gestrige Fortsetzung der Debatte über den Etat der Reichsjustizverwaltung im Reichstage. Das Thema der Klassenjustiz wurde weiter erörtert, und dabei ergab sich die äußerst überraschende Tatsache, daß ein Mitglied der Rechten, der konservative v. Maltzan eine der schärfsten Reden hielt, die je gegen die Klassenjustiz im Reichstage gehalten worden sind. Freiherr v. Maltzan, der im 44. Lebensjahre steht, ist großherzoglich mecklenburg-schwerinscher Kammerherr und vertritt im Reichstage den vierten mecklenburg-schwerinschen Wahlkreis Malchin-Waren. Was er über den Fall der Fürstin Wrede zur Kennzeichnung der dabei geübten Klassenjustiz vorgebracht hat, hätte in schärferer und überzeugenderer Weise auch von einem Redner der äußersten Linken nicht zum Ausdruck gebracht werden können. Nicht minder zutreffend war das, was der konservative Redner über den Allensteiner Fall gesagt hat, sowie über die Versuche, die unternommen worden sind, um die beiden Urheber der Ermordung des Majors v. Schönebeck geisteskrank hinzustellen.

Der mecklenburgische konservative Großgrundbesitzer darf der Justimmung weiter Kreise des deutschen Volkes sicher sein, wenn er klipp und klar erklärte, daß nach dem, was über die Tat des Hauptmanns v. Goeben bekannt geworden ist, diese nicht als die Tat eines Geisteskranken, auch nicht als einfacher Totschlag, sondern als ein wohldurchdachter Mord zu betrachten ist.

Im übrigen sind noch die Reden des Freisinnigen Dove über die Klassenjustiz und diejenige des Polen Seyda hervorzuheben, der darauf hinwies, daß zu der Klassenjustiz im Osten noch die Rassenjustiz trete. Der Nationalliberale Bassermann forderte den Erlaß eines Spezialgesetzes über das Strafverfahren gegen die Jugendlichen. Herr Rieberding bewies in seiner Antwort wiederum, daß das Reichsjustizamt unter seiner Leitung die Quelle aller Hindernisse darstellt, und daß von dieser Seite vor der Hand eine Förderung der hochwichtigen Angelegenheit nicht zu erwarten steht.

Heute wird die Debatte über den Etat des Reichsjustizamtes fortgesetzt.

* * *

Ueber den Allensteiner Fall,

den der Konservative v. Maltzan, wie hervorgehoben wurde, in der gestrigen Sitzung des Reichstages eingehend behandelt hat, bringt die „Allensteiner Ztg." folgende Mitteilung:

Hauptmann v. Goeben wird noch in dieser Woche von der Irrenanstalt Kortau wieder nach dem Allensteiner Militärgefängnis übergeführt werden. Offensichtlich hat sonach die ärztliche Untersuchung keinen Anhaltspunkt dafür gegeben, daß v. Goeben geistig minderwertig sei. Wie das selbe Blatt ferner meldet, wird auf Veranlassung einer Herrn v. Goeben „nahestehenden" Seite dieser auf seinen Geisteszustand nochmals untersucht werden, und zwar durch den Münchener Psychiater Dr. v. Schrenk-Notzing, der zu diesem Zweck am kommenden Montag in Allenstein eingetroffen gedenkt. Auch im militärgerichtlichen Auftrage wird eine nochmalige Untersuchung Goebens stattfinden, und zwar durch den Gerichtsarzt Dr. Puppe-Königsberg. Wie das Blatt schließlich noch vernimmt, soll Frau Major v. Schönebeck gegenwärtig tatsächlich geisteskrank sein.

Was das Blatt über den Zustand der Frau v. Schönebeck hört, braucht keineswegs ohne weiteres den tatsächlichen Verhältnissen zu entsprechen. Gegenüber den immer und immer wieder zutage tretenden Versuchen, die beiden Urheber der Allensteiner Mordaffäre als geistesgestört hinzustellen, ist es die Pflicht der mit der Strafverfolgung betrauten Behörden, der Oeffentlichkeit die vollste Aufklärung über den Sachverhalt zu geben.

Der „Index Holle".

Die klerikale „Germania" hilft dem preußischen Kultusminister Herrn Holle mit rührender Geflissentlichkeit, den neupreußischen Index im Sinne der Liegnitz-Berliner Christentumsrettung aufzustellen. In ultramontanen Kreisen hat man auf diesem Gebiete entschieden die größere Erfahrung, und man soll, wie bekannt, sein Licht nicht unter den Scheffel stellen; man soll den Bedürftigen helfend beispringen. Die „Germania" setzt auf den preußischen Index: Haeckel, Natürliche Schöpfungsgeschichte und Welträtsel; Darwin, Abstammung des Menschen; Carus Sterne, Werden und Vergehen; R. W. Meyer, Entstehung der Erde und des Irdischen; D. F. Strauß, Leben Jesu; Fr. Delitzsch, Babel und Bibel, ferner Werke von Nietzsche und Bölsche.

Jedermann, der noch nicht ganz nach ultramontaner Schablone geistig gedrillt ist, ersieht schon aus diesem Index, daß es ausgezeichnete Bücher sind, die hier als anrüchig hingestellt werden. Denn noch nie ist von klerikaler und seelenverwandter Seite ein Buch verpönt worden, das nicht außergewöhnlich lesenswert gewesen wäre.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrats

wurde dem Entwurfe einer Verordnung betreffend die Konsulargerichtsbarkeit in Bulgarien die Zustimmung erteilt.

Eine neue Steuertorheit.

Statt der Fahrkartensteuer die Zündhölzersteuer einzuführen, schlägt eine Petition vor, die die Petitionskommission des Reichstags dem Reichskanzler als Material überwiesen hat. Die Fahrkartensteuer hätte die Erträge vermindert, und der Staat sei der Leidtragende. 30 Millionen sollte die Fahrkartensteuer abwerfen. Dies werde sie nie. Eine Zündholzsteuer würde diesen Ertrag aber bringen, denn sie bringe in Frankreich 33—35 Millionen, wobei 10 Millionen für Unkosten abgingen. Da Deutschland größer sei, würden die Streichhölzer als Reichsmonopol mindestens 40 Millionen einbringen.

Diese neueste Steuertorheit ist kennzeichnend für ihre Urheber. In Frankreich sind die Monopolzündhölzer berüchtigt; ein Gespött sind sie auf der Bühne und im gewöhnlichen Leben. Durchschnittlich fängt nur jedes sechste Streichholz Feuer. Man sollte endlich eine hohe Steuer auf die Erfindung neuer unfeuriger Steuern setzen. Das würde manchen phantasievollen Steuerdilettanten zur Vernunft bringen.

Deutsche Handlungsreisende im Auslande.

Die für deutsche Handlungsreisende und die von ihnen mitzuführenden Warenmuster in den verschiedenen fremden Ländern maßgebenden Bestimmungen sind vom Verkehrsbureau der Berliner Handelskammer zusammengestellt worden. Die Sammlung enthält außer den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften die Bestimmungen über Legitimationspapiere, Gewerbesteuer und sonstige Gebühren, Zollbehandlung der Warenmuster, Frachtermäßigung für Musterkoffer usw. Die Handelskammer stellt das Heft den Interessenten kostenlos zur Verfügung; es wird der Februarnummer der „Mitteilungen der Handelskammer" beigelegt und auch sonst durch das Verkehrsbureau der Handelskammer, Berlin, Dorotheenstraße 7/8, unentgeltlich abgegeben.

Akademische Fragen.

Die Petitionskommission des Reichstages überwies dem Reichskanzler „zur Kenntnisnahme" Petitionen der Deutschen Friedensgesellschaft. Diese bittet, zu den beiden Fragen Stellung zu nehmen: 1. ob eine friedliche Verständigung unter den Völkern auf Grund des weiter auszubauenden Völkerrechts und des Schiedsgerichtsverfahrens möglich ist; 2. ob ein Rüstungsstillstand durch eine von sämtlichen beteiligten Mächten zu unterzeichnende Uebereinkunft herbeigeführt werden kann.

Das deutsche Geschwader,

das, wie bekannt, vor einigen Tagen im spanischen Hafen Vigo eingetroffen war, ist, wie aus Vigo offiziös berichtet wird, von dort gestern mittag in See gegangen.

Man beachte, daß in diesem Telegramme weder der Bestimmungsort noch die Fahrtrichtung des deutschen Geschwaders angegeben wird.

Ueber die letzten Kämpfe,

die die französischen Truppen in den letzten Tagen in Marokko zu bestehen hatten, gibt die französische Regierung, wie ein Telegramm aus Paris berichtet, folgendes bekannt:

General d'Amade meldet, daß er von Ued Tmasin nach Sidi Abdel Kerim, mitten im Gebiete des den Franzosen feindlich gesinnten Medakrastammes, marschiert sei. Die Kolonne von Der Ber Reschid, die sich mit der Kolonne vom Tirs und der Küstenabteilung vereinigte, habe ein Zusammentreffen mit einer großen Zahl Marokkaner gehabt, wobei sie drei Tote und 28 Verwundete einbüßte. General d'Amade bestätigt ferner die beiden Gefechte vom 16. und 17. Februar, bei denen Oberst Taupin zwei heftige Angriffe der Medakras zurückschlug und ihnen recht ernste Verluste beibrachte. Er erklärt, daß diese Gefechte an der Schlucht von Berrebah seinen Hauptangriff auf Sidi Abdel Kerim ermöglicht hätten. Wie bekannt, hatte die Kolonne Taupin an Verlusten zwei Offiziere, sieben Mann tot und viele Verwundete. d'Amade telegraphiert, daß der Feind überall mit bedeutenden Verlusten geworfen wurde.

Von einer Niederlage, über die englische Blätter berichtet hatten, ist also in den amtlichen französischen Meldungen keine Rede.

Der spanische Konflikt.

Nach einem Telegramm aus Tanger erklärte der Vertreter des Sultans Abdul Asis, El Torres, daß der Machsen niemals in die Besetzung von Mar Chica durch die Spanier eingewilligt habe. Als nach dem ohne Ermächtigung erfolgten Verlassen von Mar Chica durch die scherifische Mahalla der spanische Geschäftsträger ihm zum ersten Male von der Absicht, Mar Chica zu besetzen, gesprochen habe, habe er mündlich protestiert und dem Minister des Aeußeren Ben Sliman die Angelegenheit schriftlich mitgeteilt. Dieser habe darauf die Rückkehr der Mahalla nach Mar Chica verlangt. Als jetzt nun der spanische Geschäftsträger die Besetzung notifizierte, hätte der Machsen in einem offiziellen Schreiben Protest erhoben.

Budapest, 20. Februar. **Abgeordnetenhaus.** Ministerpräsident Wekerle beantragte, auf die morgige Tagesordnung die Revision der Hausordnung zu stellen. Der Antrag wurde angenommen. In Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß, wenn die Dissidenten mit Hilfe der Nationalitäten auch die Debatte verschleppen sollten, dennoch die revidierte Hausordnung in kurzer Zeit angenommen werden wird.

Teheran, 20. Februar. Infolge des Rücktritts von Asef ed Dauleh sind im Kabinett folgende Veränderungen eingetreten: Premierminister Nizam es Saltaneh übernimmt das Innere, Sani ed Dauleh die Finanzen, Moatimn el Mülk Unterricht und öffentliche Arbeiten.

Callao, 20. Februar. Die amerikanische Schlachtschiffflotte wurde heute früh hier gesichtet.